Baden-Württemberg
LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

Landesamt für Verfassungsschutz · Postfach 500700 · 70337 Stuttgart

Az.:LS-244s.005/537/9

Herr
Gerhard Bialas
Weißdornweg 11
72076 Tübingen

Stuttgart, 19. Februar 2013
Durchwahl 0711 9544-348
Telefax 0711 9544-444
Name Schneider
Aktenzeichen LS-244s.005/537/8
(Bitte bei Antwort angeben)

Per Postzustellungsurkunde

Ihr Auskunftsersuchen gemäß § 13 Landesverfassungsschutzgesetz (LVSG)

Sehr geehrter Herr Bialas,

auf Ihr Auskunftsersuchen vom 3. Oktober 2012, das am 7. November 2012 einging, darf ich Ihnen mitteilen, dass beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV), soweit feststellbar, folgende Erkenntnisse vorliegen:

Sie sind beim LfV mit folgenden Daten in Akten und Dateien erfasst:

Name:	Bialas
Vornamen:	Gerhard Otto Gerd
Geburtsdatum:	21. Juli 1931
Geburtsort:	Schweidnitz/Polen
Adresse:	Weißdornweg 11, 72076 Tübingen
früher wohnhaft:	Gößstraße 71, 72070 Tübingen
Ausgeübter Beruf:	Gärtner im Ruhestand
Anschlussinhaber:	07071/42327

In der Vergangenheit sind Sie im Zusammenhang mit linksextremistischen Bestrebungen aufgefallen. Erkenntnisse bis einschließlich 2006 werden summarisch, spätere Erkenntnisse detailliert aufgeführt:

Sie sind dem LfV seit dem Jahr 1951 bekannt, zunächst im Zusammenhang mit Aktivitäten in der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). Nach deren Verbot 1956 schlossen Sie sich der „Deutschen Friedensunion“ (DFU) an, einer als Tarnorganisation der KPD bewerteten Partei. Im Januar 1969 leiteten Sie die Gründungsversammlung des Kreisausschusses Tübingen der wenige Monate zuvor neu gegründeten „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP). Die DKP ist die Nachfolgeorganisation der KPD. Fortan waren Sie in der DKP aktiv. Entsprechende Erkenntnisse reichen bis in das Jahr 2012. In der DKP hatten Sie im Laufe der Jahrzehnte führende Funktionen inne. Mehrfach kandidierten Sie für die DKP zu verschiedenen Wahlen auf Kommunal- und Landesebene sowie für ein Wahlbündnis unter Führung der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS; heute Partei „DIE LINKE.“) zu kommunalen Parlamentswahlen und nahmen für diese Parteien Ihr Mandat wahr, zuletzt bei der Kommunalwahl 2004, als Sie für die „Tübinger Linke/PDS – offene Liste“ kandidierten. Sie bekannten sich stets zur DKP und deren Zielen.

In den letzten Jahren sind über Ihre Person insbesondere die folgenden Erkenntnisse angefallen:

Am 13. Februar 2007 fand in Stuttgart die Trauerfeier und Urnenbeisetzung eines verstorbenen DKP-Aktivisten statt, an der Sie teilnahmen. Die Beisetzungsfeierlichkeit war in ihren Wortbeiträgen „revolutionär“ gestaltet, Fahnen der DKP und der ihr nahe stehenden Jugendorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) waren aufgestellt. Das Singen der „Internationalen“ schloss die Trauerfeier ab.

Am 16. November 2007 waren Sie Teilnehmer eines Info-Standes der DKP auf dem Holzmarkt in Tübingen. Es wurde DKP-Infomaterial angeboten bzw. verteilt.

Sie luden im Namen der DKP Tübingen als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.) zu einer Veranstaltung „90 Jahre Oktoberrevolution – Perspektiven des Sozialismus heute“ ein, die am 21. November 2007 mit der stellvertretenden DKP-Parteivorsitzenden in Tübingen im „Linken Forum“ stattfand.

Sie waren Verantwortlicher für eine Einladung zu einer Veranstaltung der DKP am 13. Oktober 2009 im „Linken Forum“ in Tübingen zum Thema „Linke Kommunalpolitik in Krisenzeiten“.

Sie nahmen am 1. Mai 2010 an der Mai-Kundgebung in Tübingen teil, bei der auch linksextremistische Organisationen, u.a. die DKP, Infostände aufgebaut hatten. Am organisatorischen Ablauf (Redebeiträge, Moderation) waren Linksextremisten beteiligt.

Sie waren als „Gerhard Bialas, DKP Tübingen“ unter den Erstunterzeichnern für die „Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen“ von 4. bis 8. März 2011 in Caracas, Venezuela, an der sich aus Deutschland vor allem die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und ihr nahe stehende Organisationen beteiligten.

In der Mitgliederzeitschrift „AntiFa-Nachrichten“ der linksextremistisch beeinflussten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) Baden-Württemberg, Ausgabe 1 vom April 2011, sind Sie namentlich aufgeführt.

Sie unterzeichneten als V.i.S.d.P. ein Flugblatt der linksextremistischen, inzwischen aufgelösten „Marxistischen Aktion Tübingen“ und der DKP, mit dem zu einer Vortragsveranstaltung am 12. Juli 2011 zum Thema „Probleme der Entwicklung von Klassenbewusstsein unter den heutigen Bedingungen“ im „Linken Forum“ in Tübingen eingeladen wurde.

Sie nahmen am Neujahrsempfang der Partei „DIE LINKE.“ am 28. Januar 2012 teil. Diese Erkenntnis steht auf Grund der vom Innenministerium Baden-Württemberg am 7. Februar 2013 verfügten Einschränkung der Beobachtung der Partei „DIE LINKE.“ zur Löschung an. Die Löschung erfolgt nach bestandskräftigem Abschluss des Auskunftsverfahrens.

In einem auf der Internetseite der DKP Baden-Württemberg veröffentlichten Schreiben mit Datum vom 30. Januar 2012 bekennen Sie sich als Mitglied der DKP.

Weitere Auskünfte können Ihnen nicht erteilt werden. Eine Begründung hierfür unterbleibt gemäß § 13 Absatz 3 Satz 1 LVSG.

Hinsichtlich Ihres Auskunftsersuchens können Sie sich auch an den Landesbeauftragten für den Datenschutz (Königstraße 10a, 70173 Stuttgart) wenden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Taubenheimstraße 85 A, 70372 Stuttgart, einzulegen. Die Frist der Einlegung des Widerspruchs beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen der Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde oder gegen Empfangsbekenntnis ist der Tag der Bekanntgabe der Tag der Zustellung.

Mit freundlichen Grüßen

Schneider